

05.08.2013 – 70. Todestag von Adam Kuckhoff (geb. 30.08.1887), Mitglied der „Roten Kapelle“, in Berlin – Plötzensee hingerichtet

13.08.2013 – 100. Todestag von August Bebel (geb. 22.02.1840), Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender der deutschen Sozialdemokratie

14.08.2013 – 55. Todestag von Bertolt Brecht

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

13. Ausgabe / 23. Jahrgang

Für Halle

23. Juli 2013

Ortsverband Halle Süd – Clara Zetkin gegründet

(mb) Eingebettet in die öffentliche Veranstaltung 100% sozial – Das beste Wahlprogramm gründete sich am 17.07.2013 ein weiterer Ortsverband unseres Stadtverbandes und wir nähern uns damit der vollständigen Umsetzung unseres Organisationsbeschlusses vom 4. Stadtparteitag.

Anwesend waren 56 Genossinnen und Genossen aus dem gesamten Süden. Diethard Pfränger dankte in seiner Eröffnung auch den Organisatorinnen Marion Krischok und Ute Haupt. Marianne Böttcher als stellvertretende Vorsitzende des Stadtverbandes erläuterte kurz noch einmal den Beschluss des Stadtparteitages und ging dann etwas ausführlicher auf die Aufgaben eines Ortsverbandes ein. Die erste große Aufgabe steht ja mit der Bundestagswahl unmittelbar an. Der Ortsverband wird von einer Gruppe von ca. 10 Genossinnen und Genossen organisatorisch begleitet. Dieses Organisationskollektiv wird sich am 19.08.2013, 15:00 Uhr, wieder im Völkchen, Südstadtring, treffen, um die anstehenden Aufgaben zu besprechen und zu organisieren. Diese Treffen sind für alle Genossinnen und Genossen, die sich einbringen möchten, offen. Kluge Ideen, aber auch tatkräftiges Mitmachen, sind allzeit willkommen.

Im zweiten Teil der Veranstaltung ging es um die 3. Tagung des 3. Bundesparteitags in Dresden. Achim Bittrich, Landesschatzmeister und Bundesparteitagsdelegierter, konnte als Referent gewonnen werden. In seinen Ausführungen ging er kurz auf die positive Atmosphäre des Bundesparteitags ein, bevor er über die Hauptsache, nämlich das Wahlprogramm zur Bundestagswahl 100% sozial, sprach. Er arbeitete die Hauptpunkte des Wahlprogramms heraus, die für uns im Wahlkampf sowohl praktisch (mit Plakaten, Hand-



zetteln e.t.c) als auch theoretisch (z. B. Hintergrundwissen an den Infoständen) zu untersetzen sind.

Hier nun eine stark verkürzte Wiedergabe:

1. Krieg und Frieden – keine Waffenexporte und Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen
2. Rente – Mindestrente, die über der Armutsgrenze liegt
3. Energie – sozialökologischer Umbau
4. Mindestlohn – statt Hartz IV eine soziale Grundversicherung
5. Umfairteilen – Millionärssteuer jetzt
6. Mieten und Wohnen – bezahlbar für alle
7. Zweiklassenmedizin – gleiche Standards für alle Bürgerinnen und Bürger
8. Der Osten wählt rot

Im Anschluss an Achims Ausführungen gab es noch die Möglichkeit, Fragen an ihn zu stellen und / oder eigene Ansichten darzustellen. Davon wurde auch rege Gebrauch gemacht.

Fazit: Es war eine gelungene Auftaktveranstaltung des Ortsverbandes Süd – Clara Zetkin und wir wünschen diesem weitere gute Veranstaltungen und uns allen zusammen Elan, Mut und Zuversicht für den Bundestagswahlkampf.

100 Prozent sozial

Aus der Stadtratssitzung vom 10. Juli 2013

Die Sommerpause für die Stadträte naht! Doch die letzte Stadtratssitzung vor der Pause hat noch einige wichtige Beschlüsse zu fassen!

Zu Beginn der Sitzung gibt es den Bericht des Oberbürgermeisters. Er verweist darauf, dass in der heutigen Sitzung ein Beschluss zur Vergabe der Spenden für die Flutopfer gefasst werden soll. 667.000 Euro (Stand: 10. Juli) sind eingegangen. Im Weiteren formuliert er sehr deutlich, dass der Gimritzer Damm nicht mehr sicher ist und er deshalb mit sofortiger Wirkung eine Ausschreibung diesbezüglich veranlasst hat.

Die Richtlinie zur Auszahlung von Flut-Spendengeldern ist dann auch mit kleinen Änderungen beschlossen worden. Maximal 10.000 Euro können Betroffene abrufen, Antragsformulare sind ab sofort im Bürgerservice im Ratshof zu erhalten. Ohne große Diskussion wurde im Stadtrat der Wirtschaftsplan 2013/2014 der Theater, Oper und Orchester GmbH Halle beschlossen. Dieser Plan sieht Zuschüsse von 33 Mio. Euro vor. OB Dr. Wiegand kündigte hier seinen Widerspruch an, weil mit diesem Beschluss 400.000 Euro mehr Zuschüsse beschlossen wurden!

Beschlossen wurde auch die Eröffnungsbilanz der Stadt Halle. Durch die Presse ging es bereits: zwei Milliarden Euro war Halle zum 01.01.2012 wert. Diese Eröffnungsbilanz musste auf Grund der Umstellung von der Kameralistik auf die Doppik erarbeitet werden. In dieser Bilanz ist nachzulesen, wie das Vermögen der Stadt Halle „aufgeteilt“ ist. So ist z. B. der Marktplatz Halle 1,478 Mio. wert,

der Ratshof 17,1 Mio. und die Amtskette des OB ein Euro...

Einige Baubeschlüsse, wie die Sanierung des Herder-Gymnasiums, die Sanierung der Friesen-Grundschule und auch dem Bebauungsplan Nr. 162 Dölau – Wohngebiet am Heideweg – wurde ohne Diskussion zugestimmt. Die Abfallgebührensatzung der Stadt Halle (Saale), die Einziehung des Parkplatzes am Robinienweg, der Satzung der Schülerbeförderung und auch die Anpassung der Finanzrichtlinie der Stadt Halle (Saale) an die Gesetzesänderung des Kinderförderungsgesetzes passierten ebenfalls ohne größere Diskussion den Rat. Auch wir stimmten den o. g. Vorlagen zu.

Dagegen wurde es turbulent bei der Abstimmung zum Baubeschluss Sekundarschule Kastanienallee. Hintergrund ist, dass die Turnhalle der Schule saniert werden soll. Im Diskussionsprozess zur Vorlage, vor allem im Bildungsausschuss, werden Ergebnisse von einem sachkundigen Einwohner beigebracht, die einen Neubau der Turnhalle als effizienter, sprich kostengünstiger, darstellen. Es gab seitens der Verwaltung im Bildungsausschuss wenig Einlenken, im Gegenteil: die Verwaltung beharrte auf der Tatsache, dass auf Grund der bestehenden Förderrichtlinien nur eine Sanierung in Frage käme. Es folgte in der Stadtratssitzung ein ziemlicher „Schlagabtausch“, Argumente wurden hin und her „ausgetauscht“. Petra Sitte fasste ihre „Erlebnisse“ aus dem Bildungsausschuss wie folgt zusammen: „Man fühlt sich nicht immer gut informiert, Transparenz fehle, es gibt eine schaumgebremste Bereitschaft

zur Information“.

Auch Bodo Meerheim kritisierte die Verwaltung. „Es ist ein Unding, immer wieder nach Wegen zu suchen, Ausreden zu finden, um fehlerhaftes Verhalten der Verwaltung vertuschen zu wollen...“

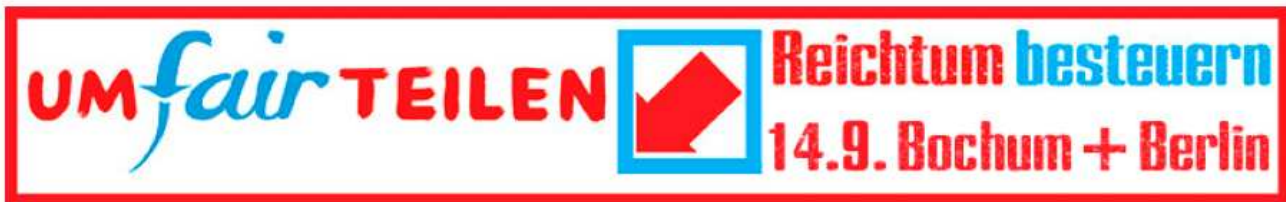
Offensichtlich sei die Stadt auch schlecht vom Land beraten worden. Jetzt werden wir quasi erpresst, dass wir zustimmen, weil die Kinder darauf warten“. Er forderte von der Verwaltung Konsequenzen und eine Überprüfung der Entscheidungsstrukturen. Der OB lenkte schließlich ein und versprach, nochmals Verhandlungen mit dem Land aufzunehmen und den Neubau als kostengünstigere Variante ins Spiel zu bringen. Mit diesen Zusätzen wurde die Vorlage angenommen.

Das MMZ wurde durch die Flut stark betroffen! Um es wieder für die Mieter „fit“ zu machen wurde beschlossen, 500.000 Euro der Stadt Halle dafür einzusetzen. Die Stadtverwaltung wird Alles dafür tun, dass das Geld vom Bund zurückerstattet wird.

Der Antrag unserer Fraktion zur Bereitstellung von Zusatzkosten zur Jahresschülerkarte wird in den Sport-, Bildungs- und Finanzausschuss überwiesen. Hintergrund des Antrages ist, dass die Schüler des Sportgymnasiums Mehrkosten für die Beförderung zu den Sportstätten haben und wir die Stadtverwaltung aufgefordert haben zu prüfen, wie diese abzufangen wären.

Unser Antrag, die Gedenktafel für Kurt Wabbel am Erdgas Sportpark wieder instand zu setzen, wurde in den Kulturausschuss verwiesen.

Ute Haupt, Stadträtin



Umfairteilen: Unsere Pläne für September

Liebe Unterstützerinnen und Unterstützer,

wir haben viel vor - doch damit es gelingt, brauchen wir Ihre Hilfe: Mit Zehntausenden Menschen wollen wir **am 14. September - eine Woche vor der Bundestagswahl** - für die Besteuerung großer Vermögen auf die Straße gehen. Im Ruhrgebiet, wo nahezu jede Kommune unter Schulden ächzt, rufen wir zu einer bundesweiten Großdemonstration in **Bochum** auf und fordern: Pott umfairteilen! In **Berlin** lassen wir aus einer Demonstration eine große Umfairteilen-Kette durchs Regierungsviertel entstehen.

Doch noch haben wir die beiden Demonstrationen unseres breiten Bündnisses „Umfairteilen - Reichtum besteuern“ nicht finanziert. Bühnen, Lautsprecheranlagen und viel Logistik müssen entliehen, zehntausende Plakate und Flugblätter gedruckt und im Vorfeld viele Infoveranstaltungen überall im Land organisiert werden. Können Sie uns unterstützen? Schon 5 Euro helfen!

Spenden Sie für die Umfairteilen-Demos am 14.9. in Bochum und Berlin!

www.umfairteilen.de/spende

Was das Bündnis Umfairteilen in den letzten zwölf Monaten mit Tausenden von Aktiven geschafft hat, macht Hoffnung für die nächsten Schritte. Lange Jahre drehten sich Parteiprogramme um Steuersenkungs-Versprechen. Jetzt ist enormer privater Reichtum, dem eine erschreckende öffentliche Armut gegenübersteht, ein viel diskutiertes Thema. 2013 steht Steuererhöhung für die Reichsten zur Diskussion und das mitten im Wahlkampf.

Jetzt gilt's! Gestärkt von rund 100 lokalen Umfairteilen-Bündnissen und mit weit über 100.000 Unterzeichner/innen unseres Appells nehmen wir Kurs auf den September. Bitte: Unterstützen Sie jetzt die öffentliche Auseinandersetzung um die Wiedereinführung der Vermögensteuer, eine einmalige Erhebung einer Vermögensabgabe sowie die Bekämpfung der Steueroasen.

Spenden Sie für unsere Großaktionen am 14. September!

www.umfairteilen.de/spende

Mit herzlichen Grüßen,
für den Arbeitsausschuss des Bündnisses „Umfairteilen - Reichtum besteuern!“,
Jutta Sundermann (attac), Christoph Bautz (compact), Christian Weßling (Koordination Umfairteilen)

Ein Gespräch ...

Franz: Klaus, was sagst Du denn zu unserem Wahlprogramm?

100% sozial! Flächendeckender Mindestlohn von 10 Euro pro Stunde, Beseitigung von Hartz IV und statt dessen eine sanktionsfreie Mindestsicherung, deutliche Erhöhung der Regelsätze und weg mit den Sanktionen, solidarische Mindestrente von 1050 Euro netto, Zurücknahme der Rente mit 67, stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen, Wohnen muß bezahlbar sein!

Damit unterscheidet sich unsere Linkspartei doch deutlich von Schwarz-Gelb und auch von Rot-Grün. Das werden uns die Wähler sicher honorieren, meine ich.

Klaus: Da kann ich Dir nicht ganz folgen. Hast du denn nicht gelesen, daß auch Frau Merkel letzstens für Mindestlohn und Deckelung der Mietpreishöhe redete, auch die SPD ist für die Einführung des Mindestlohns und für die Beseitigung von Mini-Jobs und auch dafür, daß die Bildungseinrichtungen von den KITAS bis zur Universität gebührenfrei werden sollen.

Die treten doch auch alle für das Soziale ein.

Franz: Aber, aber, mein Lieber! Das ist doch gar nichts Neues. Muß ich dich daran erinnern, das die Schwarzen und Gelben wie auch die SPD und die Grünen ihr soziales Gewissen immer dann entdecken, wenn wichtige Wahlen anstehen, wie die kommenden Bundestagswahlen im September. Wenn die dann gelaufen sind, werden die sozialen Wahlversprechen recht schnell wieder vergessen oder bedauernd festgestellt - von den Siegern - daß die finanziellen Mittel leider nicht zur Verfügung stehen.

So hat jüngstens Volker Kauder, der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU, zu Merkels Versprechungen prophylaktisch bemerkt, daß dies alles unter dem Vorbehalt der Finanzierbarkeit stehe!

Klaus: Das mag einleuchten, was du da sagst und man müßte die Leute auch daran erinnern. Aber besteht denn nicht durch die Betonung des Sozialen seitens der großen Parteien nicht die Gefahr, daß ihr als Linkspartei, als quasi soziales Gewissen in diesem Lande, gar nicht weiter wahrgenommen werdet und damit um euren Wiederereinzug in den Bundestag bangen müßt?

Franz: Das ist tatsächlich nicht von der Hand zu weisen. Und es ist ja, und daran muß immer wieder

erinnert werden, die Strategie der herrschenden Parteien, die Linke um jeden Preis als dieses "soziale Gewissen", wie du sagst, auszugrenzen und mit ihren sozialen Wahlversprechungen signalisieren: die Linke wird doch gar nicht gebraucht. Die Linkspartei, die ständig vor allem die soziale Frage aufwirft und entsprechende Anträge stellt, Vorschläge macht, wie den Mindestlohn, die Anderen damit zwingt, sich dazu zu positionieren, diese Partei stört nur, um die Wünsche und Forderungen der großen Banken und Konzerne erfüllen zu können, ihnen nachzukommen, ihre Profite gewaltig zu erhöhen, denn darum und nur darum geht es ihnen. Aber das ist eben das Grundgesetz des Kapitalismus.

Klaus: Damit hast du sicher Recht. Aber selbst wenn die Linke im Bundestag bleibt und der Pfahl im Fleische der kapitalhörigen Parteien bleibt: wie wollt ihr denn eure soziale Programmatik verwirklichen? Ihr habt doch parlamentarisch gar keine Macht dazu.

Franz: Das stimmt allerdings. Nur muß ich auf das eben von mir Gesagte verweisen: wir können die großen Parteien immer wieder mit den sozialen Problemen der Menschen konfrontieren und so verhindern, daß sie einfach „vergessen“ werden. Das betrifft natürlich auch andere wichtige Fragen wie die Auslandseinsätze der Bundeswehr oder die Rüstungsexporte in Krisengebiete bzw. an Regimes wie die Golfmonarchien, die für die Unterdrückung ihrer Bürger bekannt sind. Aber wenn hohe Profite winken, spielen die Beschwörungen der Menschenrechte keine Rolle.

Klaus: Einverstanden. Aber welche Vorstellungen habt ihr denn, um die von euch gemachten sozialen Vorschläge finanzieren zu können? Das ist doch wichtig, um die Argumente der anderen Parteien, also eurer politischen Gegner, aus dem Felde zu schlagen, die euch blanken Utopismus vorwerfen und darauf verweisen, daß kein Geld da ist und wir sparen müssen und Steuererhöhungen oder gar Neuverschuldung wie in Griechenland und Portugal überhaupt nicht in Frage kommen.

Franz: Ein solches Verständnis des kleinen Mannes will Schwarz-Gelb ja erreichen. Aber das ist bei Lichte besehen pure Demagogie.

Klaus: Das mußst du aber erklären!

Franz: Das will ich gern tun. Das ist deshalb Demago-

gie, weil erstens beim Verweis auf die Geldknappheit unterschlagen wird, daß Schwarz-Gelb für die Finanzierung ihrer Wahlversprechen auch Gelder benötigen, die auch irgendwo herkommen müssen und zweitens, weil einfach verschwiegen wird, daß die rund 51 Milliarden Steuern, die die Konzerne noch zu Kohls Zeiten zu zahlen hatten, unter Kanzler Schröder großzügig gestrichen wurden! Diese Summe fehlt natürlich im Bundeshaushalt. Also Wiedereinführung dieser Steuer!

Klaus: Das wußte ich überhaupt nicht. Warum in aller Welt wurden diese Steuern für die Konzerne gestrichen?

Franz: Das hängt in erster Linie zusammen mit der damals angestrebten Währungsunion, also der Einführung des Euro. Dafür vor allem sollten die deutschen Konzerne fit gemacht werden, also dafür, die Konkurrenz erfolgreich aus dem Felde schlagen zu können, also finanzielle Mittel für die Investition von neuem Know-how, um billiger als die Betriebe in Südeuropa produzieren zu können. Dazu gehören auch die Reformen der Agenda 2010 mit Hartz IV als Kernstück, mit denen Leiharbeit und Billiglohn verbunden sind. Der damit erzielte Boom der deutschen Exportindustrie führte allerdings zu Pleiten von Industrien in Ländern wie Griechenland und Portugal und damit zur erheblichen Verminderung der Steuereinnahmen dieser Staaten, damit zum Fehlen von Gehältern der Staatsangestellten und der Sozialausgaben, weshalb auf den internationalen Finanzmärkten Schulden aufgenommen werden mußten, natürlich zu hohen Zinsen. So in etwa läßt sich das sehr verkürzt erklären. In Wirklichkeit ist das natürlich viel komplizierter.

Klaus: Das ist ja sehr interessant. Also hängt auch die Agenda 2010 mit ihrem Kernstück Hartz IV damit zusammen, die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Kapitals auf den Märkten und damit deren steigender Profitraten zu erhöhen?

Franz: Genauso ist es. Deshalb fordern wir in unserem Wahlprogramm ja auch den Wegfall von Hartz IV, weil das zu Lasten unserer Arbeiter geht, die aus Angst um ihre Arbeitsplätze auch auf Teile ihres Lohnes verzichten, um nur nicht arbeitslos und auf Hartz IV angewiesen zu sein!

Bis zum nächsten Mal, Tschüss

Liebe Genossen,
einer von Euch hat mich vor geraumer Zeit gebeten, folgendes Buch zu recherchieren:
Hamsik, Dusan / Prazak, Jiri: Eine Bombe für Heydrich., Berlin: Buchverlag der Morgen, 1964. 1. Aufl., 364 S., 8°, HLn. mit SU, mit Fotos auf Tafeln.

Ich habe nun dieses Buch gefunden und könnte es auch besorgen. Zugeben muss ich allerdings, dass ich vergessen habe, welcher Genosse mich angesprochen hat. Von daher bitte ich darum, dass der Genosse sich bei mir meldet unter 0177 5737799.
Marianne Böttcher

Wir gratulieren allen Genossinnen
und Genossen, die in den Monaten
Juli und August Geburtstag haben.



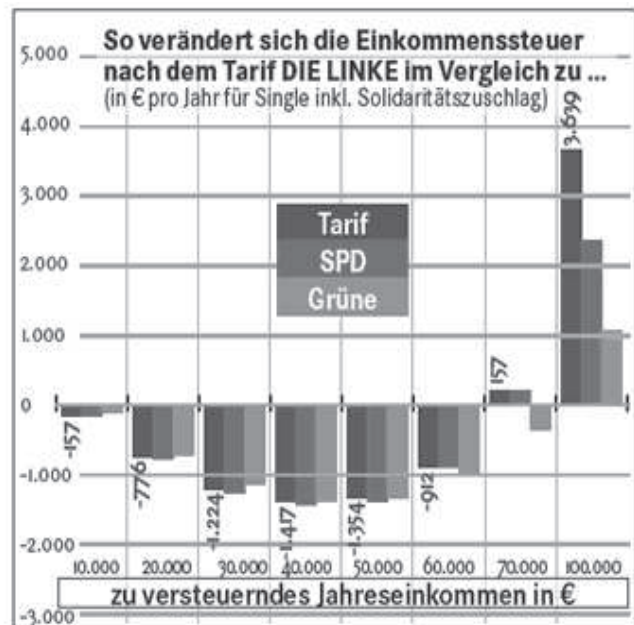
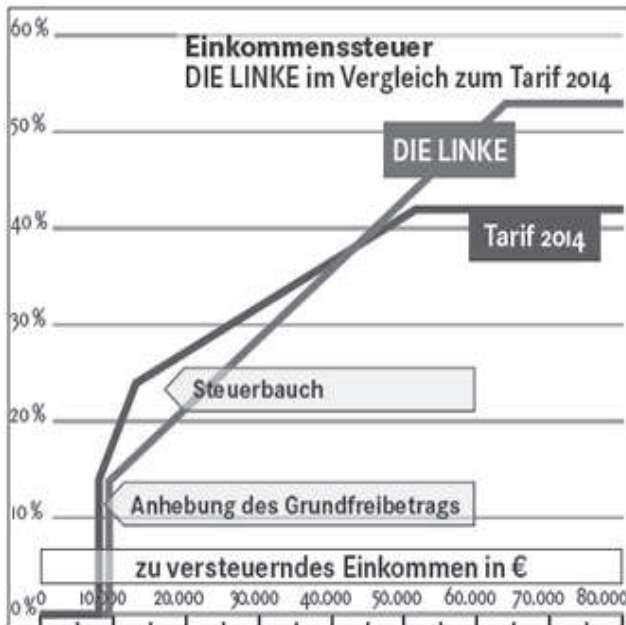
Am 22. September
DIE LINKE.

**100%
SOZIAL**

www.100-Prozent-sozial.de

Steuer-Gerechtigkeit

Unten senken, oben erhöhen. Weg mit dem Steuerbauch!



Wer durchschnittliches oder geringes Einkommen verdient, wird im Verhältnis zu stark belastet: Schaut man sich die Kurve über den Verlauf der Einkommensteuer an, dann steigt diese zunächst schnell an. Bei 13.500 Euro zu versteuerndem Einkommen macht sie einen Knick. Von da an geht es langsamer bergauf. Die durch den Knick verursachte Ausbeulung des Tarifverlaufs wird »Steuerbauch« oder »Mittelstandsbauch« genannt. Die Steuerlast steigt mit steigendem Einkommen nicht gleichmäßig. Und es besteht die Gefahr der »kalten Progression«: Geringe Lohnerhöhungen können schneller dazu führen, dass der Reallohn sinkt – weil der Tarifverlauf der Einkommensteuer so steil ansteigt.

DIE LINKE will niedrige und mittlere Einkommen bei der Einkommensteuer entlasten. Deshalb fordern wir eine Anhebung des Grundfreibetrags: Bis 9.300 Euro zu versteuerndes Einkommen pro Jahr sollen keine Steuern gezahlt werden müssen (derzeitiger Grundfreibetrag: 8.130 Euro). Das zu versteuernde Einkommen ist nicht das Bruttoeinkommen: Freibeträge, Werbungskosten und Sonderausgaben werden abgezogen. Diese fallen unterschiedlich aus, je nachdem, ob jemand z.B. abhängig beschäftigt oder selbständig ist. Beispielsweise werden vom Bruttolohn abhängig Beschäftigter der Arbeitnehmer-Pauschbetrag und die abzugsfähigen Beiträge zu Renten-, Pflege- und Krankenversicherung u.a. abgezogen.

Wir wollen den Steuerbauch abschaffen, indem wir den Tarifverlauf durchgehend gerade, ohne Knick ansteigen lassen. Damit werden alle Steuerpflichtigen bis zu einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 68.650 Euro entlastet. Denn es profitieren davon nicht nur die Menschen, deren Einkommen im unteren Segment liegen. Auch höhere Einkommen werden entlastet, denn für ihr Einkommen bis zu 42.000 Euro zahlen sie weniger Steuern, auch wenn sie insgesamt mehr einnehmen. So werden z.B. erst Beschäftigte, deren Bruttolohn über 77.000 Euro liegt (Single), stärker belastet. So stärken wir die unteren und mittleren Einkommen. Und belasten die oberen durch einen Spitzensteuersatz von 53 Prozent ab 65.000 Euro zu versteuerndem Einkommen und einer Reichensteuer für Einkommen ab einer Million – mit 75 Prozent.

Linkes Blatt

Impressum:

DIE LINKE Halle, Stadtvorstand
Blumenstraße 16
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:

linkesblatt@dielinke-halle.de
Swen Knöchel (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: 14 - t ä g i g
Auflage: 600 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
18.07.2013
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 15.08.2013

Eine gute Rente für ein gutes Leben im Alter

Jahrelang wurde uns erzählt, gute Renten seien nicht mehr finanzierbar. Daher müsse das Leistungsniveau der Rente sinken, die Versicherten mehr privat vorsorgen, das Rentenalter steigen. Die Rentenpolitik von Rot-Grün bis Schwarz-Gelb war darauf ausgerichtet, die Beiträge für die Unternehmen stabil zu halten. Den Versicherten bescherte sie klaffende Lücken in ihrer Alterssicherung und größere Lasten, weil sie die Kosten ihrer Alterssicherung zunehmend alleine schultern müssen.

Mittlerweile sind die Konsequenzen dieser Politik offensichtlich: Eine neue Welle der Altersarmut rauscht deutlich hörbar heran. Selbst Menschen mit mittleren Einkommen werden in Zukunft nur noch schwer auf Renten oberhalb der Grundsicherung im Alter kommen. Das ist sozialpolitisch eine Katastrophe, untergräbt die Akzeptanz des öffentlichen Versicherungssystems und leistet seiner Zerschlagung Vorschub.

Doch diese Politik ist nicht alternativlos!
Gute Renten sind auch in Zukunft machbar
und bezahlbar.

Wie, das zeigt DIE LINKE.

Für die Beschäftigten ist eine anständige Absicherung über das gesetzliche Rentensystem billiger, sicherer und besser als über private Systeme. Denn an der Finanzierung der gesetzlichen Renten sind die Unternehmen zur Hälfte beteiligt. Die Prämien für private Renten müssen die Versicherten dagegen alleine aufbringen. Und auch bei der Finanzierung von Betriebsrenten ziehen sich die Unternehmen immer mehr aus der Verantwortung zurück.

Die Finanzkrise hat außerdem gezeigt, wie unsicher Altersvorsorgeprodukte sind, die an den Finanzmärkten renditeträchtig angelegt werden müssen. Gerade Rentenfonds haben in der Krise massiv an Kapital verloren. Die zunehmende Privatisierung der Altersvorsorge ist zudem eine der Hauptursachen der Turbulenzen an den Finanzmärkten. Denn sie heizt die weltweite Spekulation an.

Auch die private Alterssicherung ist nicht gegen den demografischen Wandel gefeit. Denn wenn viele Menschen ihre Anlagen zur gleichen Zeit ausgezahlt haben wollen, verlieren diese an Wert. Gleichzeitig bietet die private Alterssicherung bei weitem nicht den

Schutz, den das öffentliche System garantiert.

Die gesetzliche Rentenversicherung sichert nicht nur das Einkommen im Alter ab, sondern auch Erwerbsminderung und Hinterbliebene – ohne Extrakosten! Zeiten der Ausbildung, der Erwerbslosigkeit, der Kindererziehung und Pflege von Angehörigen werden anerkannt. Die Rentenversicherung übernimmt außerdem im Alter die Hälfte der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge.

Private Verträge sichern all dies nicht ab. Häufig sind sie auch nicht dynamisiert, so dass die Preissteigerungen die Leistungen mit der Zeit auffressen. Die Verwaltungsgebühren privater Altersvorsorgeprodukte sind um ein Vielfaches höher als in der gesetzlichen Rentenversicherung. Provisionen und Profite der Versicherungskonzerne fressen die häufig ohnehin bescheidenen Renditen auf. Angesichts der derzeitigen Lage auf den Finanzmärkten ist die Renditeentwicklung auch für die Zukunft mehr als ungewiss. Die gesetzliche Rentenversicherung bietet dagegen auch den jüngeren Jahrgängen sichere »Renditen« von über drei Prozent.

Alles spricht also dafür, das gesetzliche umlagefinanzierte System wieder zu stärken und zukunftssicher zu machen. Die Kosten der Alterung der Gesellschaft lassen sich nicht weg reformieren, nur mehr oder weniger gerecht verteilen! Ein Schlüssel dazu liegt in der Schaffung guter Arbeit. Denn wenn der Beschäftigungsstand hoch ist und gute Löhne gezahlt werden, fließen auch reichliche Beiträge in die Rentenkasse. Es müssen daher mehr gute Arbeitsplätze geschaffen werden.

Insbesondere Frauen muss durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht werden, mehr zu arbeiten und ausreichend eigenständige Rentenansprüche aufzubauen.

Niedrige Löhne und unsichere Jobs bedeuten schlechte Renten. Der Kampf für gute Renten muss deshalb auf dem Arbeitsmarkt beginnen: Ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 10 Euro in der Stunde schützt bei einem lebensstandardsichernden Rentenniveau auch vor Armut im Alter. Sichere Beschäftigung statt Leiharbeit und Befristungen bedeutet auch eine sichere Perspektive im Alter. Minijobs führen zu Minirenten. Deshalb müssen sie mit sozialversicherungspflichtiger Arbeit gleich gestellt werden.

Die jahrelange Umverteilung von unten nach oben

muss endlich umgekehrt werden! Das stärkt die Löhne, die Beitragseinnahmen und die Rentenansprüche der Beschäftigten.

Gute Arbeit führt aber nur dann zu guten Renten, wenn die gesetzliche Rentenversicherung ein vernünftiges Leistungsniveau bietet. Dieses muss den Lebensstandard im Alter sichern und langjährigen Beitragszahlenden Renten deutlich oberhalb des Grundsicherungsniveaus gewährleisten. Dies wird in Zukunft nicht mehr der Fall sein, wenn das Rentenniveau – wie von SPD und Grünen beschlossen und den Nachfolgeregierungen bestätigt – weiter abgesenkt wird. Dann werden auch Menschen mit mittleren Einkommen in die Altersarmut rutschen. Denn durchschnittlich Verdienende müssen heute bereits 26 Jahre arbeiten, um eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus zu bekommen, 2030 werden es 35 Jahre sein. Die Wiederanhebung des Sicherungsniveaus der gesetzlichen Rente von aktuell knapp 49 Prozent auf 53 Prozent ist deshalb die zweite Kernfrage einer sozial gerechten Rentenpolitik.

Das Rentenniveau muss wieder auf den Stand vor den von SPD und Grünen vorgenommenen Einschnitten angehoben werden!

Zu einer sozial gerechten Rentenpolitik gehört auch ein realistisches Rentenalter. Denn wer nicht bis zum gesetzlichen Rentenalter durchhalten kann, muss im Alter mit einer durch Abschläge gekürzten Rente auskommen. Das trifft heute schon fast die Hälfte aller NeurentnerInnen. Mit der weiteren Anhebung des Rentenalters werden es noch mehr werden. Denn die wenigsten Versicherten sind kurz vor dem Renteneintritt noch in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung. Im Alter von 64 sind es nur 14,2 Prozent. Der Jubel der Bundesregierung über die Beschäftigungssituation der Älteren ist also völlig unangebracht. Die Rente erst ab 67 ist sozialpolitisch hochgradig unverantwortlich. Gleichzeitig bringt sie kaum etwas für die Rentenkasse: Lediglich 0,5 Beitragssatzpunkte können bis 2030 dadurch eingespart werden.!

Schon heute gehen 48,2 Prozent aller NeurentnerInnen mit Abschlägen von durchschnittlich 110 Euro in Rente. Für durchschnittlich verdienende Beschäftigte sind das knapp sieben Euro im Monat – ein Preis den die Mehrheit der Versicherten gerne zahlen würde, wenn sie weiterhin spätestens ab 65 in Rente gehen könnte. Nötig sind außerdem flexible Aufstiegsmöglichkeiten davor. Auch die ungerechten Ab-

schläge auf Erwerbsminderungsrenten müssen weg. Bisher müssen Gutverdienende nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze in die Rente einzahlen. Viele Berufsgruppen sind außerdem in Sondersystemen abgesichert. DIE LINKE will alle Erwerbstätigen – also auch BeamtInnen, PolitikerInnen und Selbständige – in die gesetzliche Rentenversicherung einbeziehen. Alle sollen zu gleichen Anteilen auf ihr Erwerbseinkommen einzahlen. Die hohen Renten werden abgeflacht. Das stärkt die Finanzbasis der gesetzlichen Rentenversicherung, schafft gleiche Bedingungen für alle Erwerbstätigen und Spielraum für sozialen Ausgleich. Zeiten der Kindererziehung und Pflege müssen besser abgesichert werden. Denn sie sind gesellschaftlich absolut notwendig und zu wenig anerkannt. Erwerbslosigkeit darf Altersarmut nicht vorprogrammieren. Die Beiträge dafür müssen deshalb deutlich verbessert werden.

Auch Zeiten des Niedriglohnbezugs müssen weiterhin aufgewertet werden. Die Mittel hierfür können durch eine sozial gerechte Steuerpolitik aufgebracht werden. Außerdem schafft die Einbeziehung aller Erwerbstätigen bei Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze und Abflachung der hohen Rentenansprüche finanziellen Spielraum für Leistungsverbesserungen.

Für einen Ruhestand in Würde und soziale Teilhabe im Alter brauchen wir einen Mindeststandard in der gesetzlichen Rente. Deshalb will DIE LINKE eine einkommens- und vermögensgeprüfte Solidarische Mindestrente von 1.050 Euro netto einführen. Diese soll aus Steuern finanziert werden und sicherstellen, dass kein Mensch im Alter in Armut leben muss.

Viele Frauen erhalten im Alter nur Armutsrenten oder sind auf den Partner angewiesen, weil sie wegen der Erziehung von Kindern oder Pflege von Angehörigen beruflich zurück gesteckt oder Niedriglohn- und Minijobs ausgeübt haben. DIE LINKE will, dass Frauen eine ausreichende eigenständige Alterssicherung aufbauen können. Damit dies gelingt, muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch den Ausbau der Kindertagesbetreuung und die familienfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt entschieden verbessert werden. Zeiten der Kindererziehung und Pflege müssen in der Rente besser anerkannt werden.

Ein gesetzlicher Mindestlohn und die Aufwertung von Zeiten des Niedriglohnbezugs schützen auch Geringverdienende und damit vor allem Frauen vor Alters-

armut. Die Solidarische Mindestrente garantiert, dass jede und jeder im Alter ein Leben in Würde führen kann. Auch sie nutzt Frauen in besonderem Maße. Auch 23 Jahre nach der deutschen Einheit wird die gleiche Lebensleistung nicht in gleicher Weise in der Rente anerkannt, weil die Renten mit unterschiedlichen Rentenwerten berechnet werden. Auch zahlreiche Überführungslücken und Ungerechtigkeiten bestehen fort. Die Regierung Merkel hat ihr Versprechen aus dem Koalitionsvertrag – die Vereinheitlichung des Rentenrechts in dieser Wahlperiode – gebrochen. DIE LINKE wird ihr das nicht durchgehen lassen. Wir kämpfen für eine zügige Angleichung der Ostrenten an das Westniveau bis 2017. Diese darf aber nicht zum Nachteil der heute Beschäftigten führen. Nach wie vor bestehen große Gehaltsunterschiede zwischen Ost und West. Deshalb muss die Hochwertung der ostdeutschen Löhne und Gehälter beibehalten werden bis die Unterschiede abgebaut sind.

Gute Renten sind auch in Zukunft finanzierbar, wenn die Unternehmen wieder gleichmäßig an den Kosten der Alterssicherung beteiligt und alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Gegenwärtig wird von den Beschäftigten erwartet, dass sie den Rentenbeitragssatz in Höhe von 9,45 Prozent zahlen und dazu noch 4 Prozent ihres Bruttoeinkommens in eine Riester-Rente und weitere 2 Prozent in eine andere zusätzliche Altersvorsorge, z. B. eine Betriebsrente, stecken. Für einen Lebensstandard sichernde Alterssicherung sollen sie also 15,45 Prozent ihres Einkommens aufbringen, bis 2030 sogar 17 Prozent. Wären die Unternehmen gleichmäßig an diesen Kosten beteiligt, wären es aktuell nur 12,45 Prozent und 2030 nicht mehr als 14 Prozent. Mit dem Rentenkonzept der LINKEN steigt der Beitragssatz bis 2030 nicht über 28 Prozent. Der Anteil der Beschäftigten sinkt auf 14 Prozent, da die Unternehmen die Hälfte der Vorsorge tragen. Dafür haben die Menschen eine Rente, die ihren Lebensstandard im Alter sichert und zuverlässig vor Armut schützt, sind im Fall von Erwerbsminderung ausreichend abgesichert und können in einem realistischen Alter in den Ruhestand gehen. Das ist nicht zu viel verlangt und für die Unternehmen tragbar.

Gute Renten sind also machbar. Machen wir politisch Druck dafür!

Quelle: Broschüre „Eine gute Rente für ein gutes Leben im Alter“ Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Vortrag mit Diskussion
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
Sachsen-Anhalt e.V.
22.08.2013 Beginn 18:00 Uhr
Von Menschen, Kultur und Krieg.
Zur aktuellen Situation in
Afghanistan und Pakistan

Entlang einer journalistischen Bildreise aus ca. 400 Fotos werden abseits bekannter Klischees einzigartige Einblicke gewährt und Zusammenhänge erklärt.

Von der Hauptstadt Kabul geht es in die umkämpften Südpervenzen Kandahar und Helmand, vom „Deutschen Kommandogebiet“ im Norden ins entlegene Tora-Bora-Gebirge, Osama Bin Ladens letzter Bastion, und von dort über Belutschistan, wo paschtunische Separatisten für die Unabhängigkeit ihrer Provinz kämpfen, in die von Talibankämpfern und internationalen Jihad-Aktivistinnen beherrschten pakistanischen Stammesgebiete, wo westliche Journalisten kaum hingelangen.

Der Fotograf und Buchautor Knut Mueller begleitete Mujaheddin-Kämpfer genauso wie US-Marinens und zivile Aufbauhelfer, traf mit Politikern, Warlords, Selbstmordattentätern, Geheimdienstlern, einfachen Bauern und Flüchtlingen zusammen. Schwerpunktmäßig reflektiert und hinterfragt der Vortrag die ISAF-Mission, den Bundeswehreininsatz, die Polizeiausbildung, das Engagement ziviler Helfer vor dem Hintergrund komplexer gesellschaftlicher Realitäten wie Clan-Wirtschaft, Korruption und religiösem Extremismus.

Vortrag und Diskussion mit dem Journalisten
Knut Mueller

06122 Halle, Kulturtreff Halle-Neustadt,
Am Stadion 6
V.i.s.d.P. Viola Schubert-Lehnhardt
KONTAKT
RLS REGIONALBÜRO Halle Blumenstr. 16,
06108 Halle, TEL/Fax: 0345-2025594,
email: gs-halle@rosaluxsa.de

Gedanken zur Sicherheitsforschung und ihrer Förderung durch die Bundesregierung

Für die Veröffentlichung überarbeiteter und aktualisierter Text eines Vortrags, den Petra Sitte am 14. Mai auf der Konferenz "Der Wandel der Sicherheitskultur als Herausforderung für die Politik" in Berlin gehalten hat.

Die Sicht der Linksfraktion im Deutschen Bundestag auf die Bilanz des Sicherheitsforschungsprogramms des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) fällt differenziert und problemorientiert aus. Grundsätzlich kann zunächst festgestellt werden, dass bemerkenswert ist, wenn Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, die selbst am Programm beteiligt sind, ebenfalls eine Bilanzdebatte mit der Zielstellung führen, sich über die zukünftige Ausrichtung des Förderprogramms zu verständigen.

Bezogen auf DIE LINKE dürfte nicht sonderlich wundern, dass deren Kritik am Regierungskonzept zur Sicherheitsforschung bereits viel früher ansetzt. Und zwar in dem Zeitraum, in welchem Grundausrichtung und Grundlinien von Programmen konzipiert werden.

DIE LINKE meint, dass zunächst gefragt werden müsste, welche Bedürfnisse Menschen tatsächlich haben, welche Leistungen Gesellschaft und staatliche Strukturen, Organisationen, Verbände und wissenschaftliche Institutionen erbringen müssen, um diese Interessen weitestgehend sichern zu können.

Schließlich sollte endlich unumstritten sein, dass ohne Kenntnis sozialer, soziologischer, kultureller und auch vieler Alltagsfragen kaum ein Programm sachgerecht und mit größtmöglichem Mehrwert für das Gemeinwohl aufgelegt werden kann. Auf diesen „Konstruktionsfehler“ hat DIE LINKE über Jahre insbesondere mit Blick auf die Hightech-Strategie hingewiesen. Steter Tropfen höhlt den Stein. Und so ist festzuhalten, dass sich in der zweiten Auflage des Sicherheitsforschungsprogramms Einiges im Herangehen geändert hat.

Das Programm war als Teil der Hightech-Strategie entstanden und folgt demzufolge immer noch weitgehend ihrer Logik. So gibt das BMBF als eines der Ziele des Förderprogramms an, die Sicherheitsforschung als neues Forschungsfeld in Deutschland etablieren zu wollen.

Da die Hightech-Strategie seitens der Bundesregie-

rung grundsätzlich jedoch als Programm der Technologie- und Wirtschaftsförderung aufgelegt wurde, beinhaltet es kaum Räume zur Forschung an grundlegenden Fragen von Sicherheitskonzepten.

Es soll also nicht geklärt werden, welche Unsicherheiten und Risiken Gesellschaften beschäftigen. Und welche Konsequenzen ein unterschiedlicher politischer Umgang damit haben kann.

Nun könnte man ja sagen, gut dazu müsste man außerhalb der Hightech-Strategie eine neue Programmlinie schaffen oder man könnte es in die Deutsche Stiftung Friedensforschung integrieren. Eine diesbezügliche Programmlinie gibt es beim BMBF allerdings nicht und die Deutsche Stiftung Friedensforschung ist seit Jahren unterfinanziert – wird es also nicht zusätzlich leisten können.

Insofern kann nur als positiv gewertet werden, was die beteiligten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler innerhalb des Auftragsrahmens verändern konnten, schließlich sollten Lösungen erarbeitet werden, die allein regierungsdefinierte Sicherheitsversprechen umsetzen helfen.

Es ist gut vorstellbar, dass unter eben jenen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eher kritisch solche Schlagworte wie "sichere Stadt", "sichere Grenzen", "sicheres Leben in Deutschland angesichts terroristischer Gefahren" bis hin zu "sicheren Großveranstaltungen" bewertet werden.

Die Sicherheits- und Risikowahrnehmung vieler Menschen dürfte sich ohnehin deutlich unterscheiden. Und ob solch statische Formulierungen – quasi als Sicherheitsgarantien – letztlich mehr Vertrauen in Sicherheitsperspektiven auslöst, darf wohl bezweifelt werden.

Ganz abgesehen davon, bestimmt das BMBF in seinem Auftragsrahmen gar nicht, was es da jeweils selbst unter „sicher“ versteht. Und wer sich „sicher“ fühlen soll wird eben so wenig beschrieben. Das sollte und soll aber auch gar nicht von der Forschung diskutiert werden! Daraus folgt, es werden Maßnah-

men unter dem Label einer „Sicherheit“ entwickelt, über die es kaum einen gesellschaftlichen Dialog im Vorfeld gab und für die demzufolge die Auftrag gebenden Ministerien keine Kriterien aufstellen konnten.

Stattdessen operiert die Bundesregierung durchgängig mit der Grundbehauptung, die allgemeine Sicherheitslage habe sich verschlechtert und wir bräuchten deshalb deutlich mehr Schutzmaßnahmen. Punktum.

Erklärungen, erst recht differenzierte Belege, lassen sich nicht finden. Und das bei einem Programm, welches Terrorismus, Naturkatastrophen und Großveranstaltungen gleichzeitig thematisiert!

Das ist insofern erwähnenswert, als Sicherheit der Gesellschaft immerhin hoheitliche Aufgaben berührt und eben auch grundgesetzliche bzw. grundrechtliche Fragen aufwirft, die einer ebenso ernsthaften Betrachtung bedürfen. In solch einer sensiblen Gemengelage, kann einseitige Interessenwahrnehmung nur weitere Probleme auslösen.

Nun weiß natürlich jeder, dass Unsicherheitsbehauptungen, auch unbewiesen kommuniziert, in der Bevölkerung geradezu reflexartig Debatten zu entsprechendem Einsatz von Personal, Technik und angepasster Strukturen auslösen.

Infolgedessen kann das Ministerium auch auf positive Resonanz setzen, wenn es unter dem Thema „Sicherheit“, der Entwicklung von Hochtechnologien im Sicherheitsbereich einen Schub mit öffentlichen Geldern geben will. Ob der spätere Einsatz dieser Technologien, wobei die Vorstellung schlimmster Fälle nur schwer erträglich scheint, dann tatsächlich für die betroffenen Menschen und Bereiche mehr Sicherheit bietet, ist auch noch nicht bewiesen.

Wie auch immer. Von den späteren Anbietern solcher Technologien wird man nur bedingt Kritik hören. Sie versprechen sich in den Bereichen der Forschung und Entwicklung zusätzliche freie Valenzen und nehmen natürlich dankbar alle Regierungshilfen an, die ihre Stellung auf internationalen Märkten verbessern und den eigenen Mitteleinsatz unter Umständen sogar reduzieren helfen.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Wirtschaftsförderung ist ein legitimes Instrument politischer Steuerung. Ob es jedoch auch zu den Aufgaben von Regie-

rung gehört, künstliche Nachfragen auf neu zu schaffenden Leitmärkten auszulösen – da dürfen doch tapfer Zweifel angemeldet werden. Und wie bereits erwähnt, der Einsatz von Sicherheitstechnologien ist eben nicht nur eine Frage der Wirtschaftsförderung! Die Interessen der Sicherheitsindustrien oder der beteiligten klein- und mittelständischen Unternehmen können nun einmal nicht identisch mit gesellschaftlichen Sicherheitsbedürfnissen sein. Mithin lösen Sicherheitstechnologien seit Jahren heftige Diskussionen darüber aus, wo und wie durch ihre Nutzung Grundrechte eingeschränkt werden.

Verhältnismäßigkeitsprüfungen gehören erfahrungsgemäß nicht zum freiwilligen Portfolio der Industrie. So kommt es, dass Überwachungstechnologien und entsprechende Software seit Jahren in deutschen Unternehmen entwickelt und in alle Welt geliefert werden. Wirtschaftsethische Debatten dazu haben Seltenheitswert.

DIE LINKE vertritt daher die Auffassung: Nicht das höchstmögliche Maß an Sicherheitsvorkehrungen und –technologien ist das Ziel, sondern nur das notwendige und zugleich gesellschaftlich noch akzeptierte Maß. Wem entsteht welcher Nutzen?

Deshalb haben wird die Partizipation der Zivilgesellschaft bei der Ausgestaltung der Förderlinien gefordert. Mindestens folgende Fragen müssten diskutiert werden:

- * Welche Risiken kommen tatsächlich auf die Gesellschaft zu?
- * Stimmen Gefährdungsanalyse, -prognose und kommunikation der Regierung?
- * Was müssen wir tun, um Gesellschaft besser aufzuklären und zu stärken?
- * Was ist die Gesellschaft bereit, mitzutragen?
- * Wie kann sie das mitentscheiden?

Die Initiierung des gesellschaftlichen Dialogs wird von dem Prognos-Gutachten mit dem Attribut von „geringer Intensität“ versehen. Diese Entscheidungsprozesse müssen aber transparent und demokratisch gestaltet werden. Und selbstverständlich müssen historische Erfahrungen ebenso einbezogen werden, wie der Umgang mit diesen Fragen in anderen Ländern – insbesondere dann, wenn sie bereits entsprechende Ereignisse durchleben mussten. Vor diesem Hintergrund können sich auch ganz andere oder eben neue

Bewertungsmuster ergeben.

Zu Teilen sieht sich DIE LINKE auch durch die Zwischenevaluation des Forschungsprogramms vom Ende 2012 bestätigt. Diese sieht schließlich besondere Hindernisse bei der Umsetzung der erarbeiteten Sicherheitslösungen durch Behörden, die als Endnutzer gelten. Grund sei, dass zunächst in den Organisationen für Akzeptanz gesorgt werden müsse.

Sollte eine Vergewisserung, sollte ein entsprechender Dialog aber nicht am Anfang stehen und Voraussetzung für die Teilnahme sein? Das erinnert doch zumindest punktuell an die Fehlerdebatten nach dem Jahrhunderthochwasser 2002 und an die Maßnahmenkritik zum diesjährigen Hochwasser bundesweit und speziell in meinem Bundesland Sachsen-Anhalt.

Auch die Forderung nach eigenständiger statt „flankierender“ geistes- und sozialwissenschaftlicher Sicherheitsforschung wird von der LINKEN unterstützt. Als Begleitforschung sollte sie bislang nur gesellschaftliche Auswirkungen der Einsatzszenarien und ihre Akzeptanz in der Bevölkerung analysieren.

Forschung auf Schadensbegrenzung einzunisten, geht jedoch weit an den möglichen und höchst komplexen Folgen für die Gesellschaft vorbei. Unabdingbar ist es, denkbare und realistische Alternativen aufzuzeigen.

Mit der Einrichtung des „Fachdialogs Sicherheitsforschung“ hat die geistes- und gesellschaftswissenschaftliche Dimension an Sichtbarkeit gewonnen. Die beim Innovationsforum im vergangenen Jahr vorgestellten Ergebnisse, z.B. zu Sicherheitskulturen von Stadt- und Landbewohnern oder neuen Wegen der Sicherheitskommunikation bei Pandemien, haben einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung von Politikerinnen und Politikern beigetragen.

Im Spektrum aller Forschungsaktivitäten ist die Bedeutung von geistes- und sozialwissenschaftlicher Forschung aber defacto kaum gestiegen. Die Zwischenevaluation weist bis Ende 2012 unter insgesamt 563 Projekten 29 geistes- und sozialwissenschaftliche aus – das sind lediglich fünf Prozent.

Als positiv darf bewertet werden, dass nunmehr die Dual-Use-Problematik und die Auseinandersetzungen um Rüstungsforschung an den Hochschulen in den Diskussionen eine größere Rolle spielen. Bekanntermaßen wachsen Initiativen an den Hochschulen, die sich offensiv für den ausschließlich zivilen Charakter

von Forschungen und der Nutzung von Ergebnissen einsetzen.

Aus Sicht der LINKEN ist festzuhalten, dass Entwicklerinnen und Entwickler natürlich nicht gänzlich voraussehen können, wo beispielsweise ihre Sensoren, Fahrzeuge oder High-Tech-Textilien zum Einsatz kommen. Doch die prinzipielle Aufhebung der Trennung von ziviler und militärischer Forschung zieht zwangsläufig nach sich, dass spezifische Anforderungen für militärische Nutzungen von Beginn an in der Entwicklung mit bedacht werden. Das zu tun oder es zu lassen macht einen erheblichen Unterschied. Das wissen natürlich Beteiligte. Um dieses Risiko einzugrenzen, könnten Hochschulen mit Unternehmen Sperrklauseln vereinbaren, die eine wehrrelevante Nutzung oder Veräußerung der Ergebnisse ausschließen sollen.

Dass die Situation für die unterfinanzierten Hochschulen hochproblematisch ist, trägt dazu bei, dass die Akzeptanzschwelle, auch nichtzivile Forschungsprojekte zu verfolgen, immer niedriger ausgefallen ist. Schließlich kompensieren Drittmittel aus Auftragsforschung mehr und mehr Ausgaben der Hochschulhaushalte. Vor diesem Hintergrund können dann schon einmal alle hehren Prinzipien dahinsinken. Vom Grundrecht auf Freiheit der Forschung ganz zu schweigen. Da dürfte die kritische Grenze ohnehin längst überschritten sein.

Dass nun gerade in Drittmittelprojekten vor allem wissenschaftlicher Nachwuchs forscht, dürfte ein Argument mehr dafür sein, weshalb ein verantwortungsvoller Umgang notwendig ist und Diskussionen dieser sensiblen Fragen in den Wissenschaftseinrichtungen geführt werden müssen und auch inhaltlich in die Graduiertenförderung eingebettet werden sollte.

Ein konkretes Ergebnis zum Umgang mit dieser Entwicklung gibt es bereits: Die Helmholtz-Gemeinschaft hat den Aufbau eines „wissenschaftlichen Sicherheitsforums“, welches die Bundesregierung in technisch-taktischen Fragen beraten soll, beschlossen.

DIE LINKE meint: Es muss zur Wissenschaftskultur gehören, Diskussionen darüber zu führen, ob dieses ambivalent nutzbare Wissen überhaupt oder in welchem Umfang es generiert werden soll und eben auch unter welchen Bedingungen es angewandt werden soll.